

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meihen.

Postfachkonto: Dresden 1634  
Circuloffiz Rieser Nr. 52.

Nr. 249.

Sonnabend, 24. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Polen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitrausender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, keine Zartie. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegergesellschaften — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Veratungspause in Berlin.

BPD, Berlin, 24. Oktober 1925.

In den Beratungen der Reichsregierung über die Locarno-Verträge ist nunmehr eine Pause eingetreten, nachdem sich die Notwendigkeit ergeben hat, auf diplomatischem Wege eine Klärung der politischen Nebenfragen zu erzielen. Immerhin kann gesagt werden, daß das Kabinett zu einer abschließenden Stellungnahme gelangt ist, die die volle Zustimmung aller in der Regierung vertretenen Minister ergeben hat. Diese Tatsache ist von besonders wichtiger Bedeutung, zumal von gewisser Seite versucht worden ist, das Reichskabinett gegen die deutsche Locarno-Delegation auszuspielen. Unter anderem war behauptet worden, daß die Erklärungen des Außenministers Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages nicht im Namen der Gesamregierung, sondern lediglich im Namen der deutschen Locarno-Delegation abgegeben worden seien. Nunmehr wird von maßgebender Seite nachdrücklich betont, daß die Erklärungen des Außenministers ein einstimmiger Kabinettsbeschluss vorausgegangen ist, durch den Dr. Luther und Dr. Stresemann ermächtigt wurden, für das Gesamtkabinett zu sprechen.

Die Unklarheiten, die bei der Beurteilung der gegenwärtigen innenpolitischen Situation entstanden sind, werden zum Teil darauf zurückgeführt, daß das Reichskabinett bis heute noch nicht den Wortlaut seines Beschlusses vom Donnerstag vormittag bekannt gegeben hat. Dieses geheimnisvolle Vorgehen der Regierung widerspreche den sonstigen Geschehnissen, wo bei wichtigen Anlässen stets eine genaue Formulierung der Kabinettsbeschlüsse der Öffentlichkeit gegenüber vorgenommen wurde. Heute erzählt man aus den zuständigen Regierungskreisen, daß die Veröffentlichung des Regierungsbeschlusses aus außenpolitischen Gründen unannehmlich erscheint, zumal es im gegenwärtigen Augenblick noch nicht darauf ankommen kann, die Stellungnahme der Reichsregierung festzustellen. Immerhin kann über den Standpunkt des Reichskabinetts schon jetzt gesagt werden, daß sich die Regierung im Prinzip auf den Boden der von der deutschen Delegation in Locarno erreichten Verhandlungsergebnisse gestellt hat. Alles weitere hängt nunmehr davon ab, ob die politischen Nebenfragen durch die diplomatischen Verhandlungen hinreichend gelöst werden können.

Die innenpolitischen Schwierigkeiten der Regierung ruhen nicht noch nicht überwinden. Nach wie vor bereitet die Haltung der Deutschnationalen den leitenden Staatsmännern ernste Sorgen, denn es würde zu außerordentlichen politischen Konsekuenzen führen, wenn es im entscheidenden Augenblicke nicht gelang, eine Einheitsfront der großen deutschen Parteien herzustellen. Im gegenwärtigen Moment kommt es darauf an, daß nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die anderen Parteien die gleichen Gesichtspunkte geltend machen, die nach Beendigung der Konferenz von Locarno vom Reichskanzler Dr. Luther und vom Außenminister Dr. Stresemann aufgeworfen worden sind. Die sogenannten politischen „Nebenwirkungen“, die Deutschland verlangt, stellen unter keinen Umständen eine deutschnationale Sonderforderung dar, sondern sie werden in der nachdrücklichsten Weise von der gesamten deutschen Öffentlichkeit vertreten. Das Vorgehen der Deutschnationalen im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages kann sehr leicht zu dem Mißverständnis führen, daß die Reichsregierung aus innenpolitischen Gründen und aus besonderer Rücksichtnahme auf die Deutschnationalen auf die Lösung der politischen Nebenfragen drängt. Ein solches Mißverständnis wäre aber nicht geeignet, die Position der deutschen Regierung zu stärken. Aus diesem Grunde haben auch die Führer sämtlicher Reichstagsparteien im Auswärtigen Ausschuss unter nachdrücklicher Betonung ihrer früheren Erklärungen darauf hingewiesen, daß weder die Reichsregierung, noch irgend eine andere Partei jemals einen anderen Standpunkt eingenommen hat als den, daß die Annahme des Sicherheitspaktes nur unter der Bedingung erfolgen darf, daß die deutschen Lebensinteressen restlos gewahrt bleiben!

## Unterzeichnung oder nicht?

Der Meinungskampf über die Frage, ob die Protokolle von Locarno die endgültige Unterzeichnung von Deutschland erfordern sollen, ist schon wieder in den üblichen unerfreulichen Formen der Auseinandersetzung und parteipolitischen Entstellung im Gange. Jede Richtung bemüht sich entweder die gänzliche Verderbtheit der Abmachungen zu zeigen oder diese Abmachungen als Bede in das Reich des ewigen Friedens hinzustellen. Wie bei allen Verträgen handelt es sich aber im wesentlichen um Auffassungen und Auslegungen, die den Geist der Durchführungen bestimmen. Heute dürfte es in Deutschland wohl kaum einen verantwortlichen Politiker geben, der es auf sich nehmen möchte, an amtlicher Stelle ohne weiteres einen Strich durch die Schriftstücke von Locarno zu machen. Auf der anderen Seite wird sich aber auch kaum ein deutscher Staatsmann dazu bereit finden, seinen Namen unter die Dokumente zu legen, ohne nicht die praktischen Auswirkungen der Vereinbarungen zu überlegen sind. Bis zur Unterzeichnung verbleibt uns noch ein Monat, in welchem unsere Gegner den Beweis zu erbringen haben, ob sie ihren Versprechungen nachkommen wollen oder nicht. Es handelt sich aber nicht nur um die wenigen, in Locarno herausgegriffenen deutschen Beschwerden, um die Klärung von Köln, um die Verlegungsmethoden und Saarverwaltung, sondern um den Geist, der alle politischen Handlungen unserer Gegner beherzigt. Immer noch sind wir geneigt, nur auf Rhein und Saar zu sehen. d. h. unseren Blick durch die gegenwärtigen

Grenzen beschränken zu lassen. Jenseits der Grenzen wohnen aber auch noch Volksgenossen, die unter brutalem Druck zu leben gezwungen sind und die von ihrer nationalen Menschenrechte beraubt hat. Wird im kommenden Monat in Polen, in der Tschechien und anderen Ländern der fanatische Kampf gegen das Deutschtum fortgeführt, so wird es dem deutschen Volke schwer, ja unmöglich gemacht, einen Pakt zu unterschreiben, der angeblich vom Geiste der Veröhnung getragen sein soll und dessen Tatkraftlichkeit durch die Fortdauer der Unterdrückungen aufgehoben würde. Das sind Erwägungen, die sich unsere Gegner durch den Kopf gehen lassen sollten und die auch von maßgebender deutscher Seite der Weltöffentlichkeit eindringlicher als es bisher geschehen ist, nahe gerückt werden sollten.

## Die weiteren Verhandlungen des Locarno-Vertrages.

Berlin. Über die weiteren Entscheidungen der deutschen verfassungsmäßigen Instanzen über das Vertragswerk von Locarno, die bis zur völligen Klärung der außenpolitischen Situation zurückgestellt sind, erfahren wir von unterrichteter Seite folgende Einzelheiten: Das Reichskabinett wird nach Beendigung der diplomatischen Verhandlungen darüber beschließen, ob der Vertrag dem Reichsrat und dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegen ist. Im Reichstag würde der Außenminister Dr. Stresemann den Vertrag einbringen und durch Abgabe einer Erklärung im Namen der Reichsregierung eine große außenpolitische Aussprache einleiten. Auch im Reichsrat ist eine Aussprache über den Vertrag vorgesehen. Die Unterzeichnung, die am 1. Dezember in London vorgesehen ist, erfolgt ganz unabhängig von der Ratifizierung durch die deutschen Instanzen. Die Ratifizierung durch die Parlamente kann sowohl vor wie nach der Unterzeichnung erfolgen. Der Austausch der Ratifikationsurkunden aber ist selbstverständlich erst nach der Unterzeichnung vorzuziehen.

## Bevorstehende Regierungskrise?

Berlin. In der mehrfach verbreiteten Meldung über angebliche Rückwirkungen der Entschliessung des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei hinsichtlich des Vertragsergebnisses von Locarno erfahren wir von dem Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, daß die maßgebende Entscheidung über diese Frage von der Beschlussfassung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion abhängt, die erst am Sonntag nachmittag zusammentritt. Alle vor dieser Entscheidung an die heutige Entschliessung geknüpften Schlussfolgerungen entbehren somit der tatsächlichen Grundlage.

Berlin. Von maßgebender volksparteilicher Seite erfahren wir, daß die durch den Beschluß der Deutschnationalen Delegiertenversammlung geschlossene Lage zwar als ernst, aber nicht als endgültig angesehen wird. Die Deutsche Volkspartei hat das Vertrauen zu den in gemeinsamer Arbeit bewährten staatsrechtlichen Kräften der Deutschnationalen Volkspartei, daß sie bei der endgültigen Stellungnahme in der Angelegenheit sich der kaum ausdenkbaren Folgen auf außen- und innenpolitischem Gebiete, welche eine Regierungskrise im gegenwärtigen Augenblick nach sich ziehen würde, bewußt sein wird. Die Deutsche Volkspartei kann danach nur annehmen, daß bei aller Würdigung der schweren Bedenken, welche die Deutschnationale Volkspartei gegen die Abmachungen von Locarno hegen zu müssen glaubt, sich die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Regierungskoalition und auf dieser Grundlage die weitere Verfolgung der mit der Note vom 20. Juli beschrittenen klaren außenpolitischen Linie wird ermöglichen lassen.

## Entscheidender Beschluß der Deutschnationalen.

Berlin. Der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei traten gestern vormittag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Sie wurde eingeleitet durch eingehende Ausführungen des Parteivorstandes Dr. Winkler. Graf Westarp erstattete Bericht über die politische Lage, wie sie durch den Ausgang der Verhandlungen in Locarno sich gestaltet hat. Nach einer sehr eingehenden Aussprache faßte die Versammlung zum Schluß der Sitzung folgenden Beschluß:

„In Fortführung der von der deutschnationalen Reichstagsfraktion bereits ergriffenen Initiative erklären der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei das nunmehr vorliegende Vertragsergebnis von Locarno ist für die Partei unannehmbar.“ Graf Westarp kündigte zum Schluß der Sitzung an, daß er die deutschnationale Reichstagsfraktion auf Sonntag nachmittag berufe, um nach diesem Beschluß über die erforderlichen Schritte der Fraktion zu verhandeln.

## Die Sonntagssitzung der Deutschnationalen.

Berlin. (Zunfpruch.) Die entscheidende Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist jetzt auf Sonntag nachmittag 6 Uhr einberufen worden. Der Fraktionsvorstand tritt bereits um 5 Uhr zusammen.

## Näherung der Kölner Zone?

London. (Zunfpruch.) Reuters meldet aus Köln, daß die britische Armee am Rhein Befehl erhalten hat, sobald wie möglich nach Wiesbaden abzuziehen.

## Krieg auf dem Balkan.

In der Wetterrede Europas sind wieder einmal die Gewehre losgegangen und ein regelrechter kleiner Krieg mit allem Komfort der Neuzeit ist in der Entwicklung begriffen. Der Anlaß zu den kriegerischen Ereignissen, die auf bulgarischem Boden vor sich gehen, ist recht geringfügig. Es handelt sich um Grenzverletzungen durch Truppen und jeder der Beteiligten schiebt dem anderen die Schuld an den ersten Zwischenfällen zu. Soweit es sich überblicken läßt, scheint Griechenland in jeder Beziehung der angreifende Teil zu sein. End doch die bulgarischen Verluste, Operationen zu verhindern und den Zwischenfall in Güte beizulegen, an der sehr verdächtigen Energie der Griechen geküßelt, deren Vorgehen den Eindruck erweckt, als seien die Zusammenstöße an der Grenze absichtlich herbeigeführt, um eine Möglichkeit zu militärischem Eingreifen zu haben. Sind doch erteilt schnell Geschäfte in Stellung gebracht worden, deren Heranschaffung in dem unwirklichen Gebirge recht beträchtliche Zeit in Anspruch genommen hätte, falls nicht von vornherein militärische Absichten bestanden haben. Rotgebungen hat der bulgarische Generalstab seinerseits best. Es geht m. i. S., daß die Rückzugsbewegung der bulgarischen Grenztruppen einzuhalten ist und daß das bulgarische Volk nun seinerseits zum Angriff vorgeht. Auch die in Sofia ansässigen fremden Beauftragten haben sich bereits „zur Front“ als Kriegsbereitschafter gegeben.

Der äußere Anlaß zu dem Zusammenstoß der beiden Heere ist natürlich nur ein Stimmungszug für die Spannung, die seit Kriegsende in wechselnder Stärke zwischen den beiden benachbarten Brüdern besteht. Auch Bulgarien hat sich die ganze Schwere eines Machtergreifens mit Landverlusten, Reparationslasten, Entwaldung und Demütigungen der verschiedensten Art gefallen lassen müssen. Auf dem Balkan hat sich die neue Verfassung von Ländern und Völkern natürlich nicht gerade reibungslos durchzuführen lassen. Der Bandenkrieg ist eine allgütige Erscheinung geworden. Besonders erbittert hat die Ausweisung von Bulgaren gewirkt. Gerade im Winter streiften wieder Tausende von zwangswise aus ihren Wohnstätten entfernten Bulgaren in das berengte und wirtschaftlich schwer kämpfende Vaterland zurück. Handstoff ist also in reichem Maße vorhanden. Griechenland seinerseits hat es für nötig befunden, sofort die Siegermächten in Anwendung zu bringen, die es vor nicht allzu langer Zeit seitens Italiens in der Korfu-Angelegenheit schmerzhaft am eigenen Leibe erfahren hat. Es hat das berühmte besetzte Ultimatum mit Genugtuungsforderung usw. abgehandelt, das die Siegerstaaten heute noch mit moralischem Augenmaßschlag an Oesterreich-Ungarn tabeln, obwohl es sich damals um die Ermordung eines Kronfolgers unter Beihilfe maßgebender politischer Kreise eines Nachbarlandes und letzten Endes um Sein oder Nichtsein des angegriffenen Staates handelte.

Bulgarien hat sich im Gefühl seines Rechtes an dem Völkerbund gewendet und zwar unter Berufung auf Artikel 10 der Völkerbundsatzung. Eine außerordentliche Sitzung des Völkerbundesrates ist beantragt worden. Die Gemer Verrückten haben also eine neue Befähigungsmöglichkeit. Sie werden zu beweisen haben, ob sie läßt sich nicht nur nach dem Maßstab Sieger und Besiegte, Macht und Recht zu urteilen. Bisher haben sie diesen Beweis noch in keinem Falle erbracht, weder in Oberösterreich noch im Memelgebiet, noch im Saargebiet noch auch in Danzig, wo gerade jetzt wieder Völkerbundsvertreter auf der Westerballe den Polen für ihre Munitionslager Danziger Land zugewiesen haben. Ob man auf dem Balkan, wo die Regeln von jeher locker im Lauf liegen, sich solche Rechtsbeugungen gefallen lassen wird, ohne daß ähnliche Folgen sich einstellen, ist nach den bisherigen Erfahrungen sehr zu bezweifeln.

## Die polnische Regierung zur Optantenfrage.

Warschau. (Zunfpruch.) Die polnische Telegraphenagentur verbreitet folgende amtliche Mitteilung: Die polnische Regierung hat beschlossen, mit der Frist vom 1. 11. 1925 die Zwangsausweisung deutscher Optanten anzuhalten, die entsprechend den Bestimmungen der Wiener Konvention längstens bis 1. 8. bez. 1. 11. ihren Wohnsitz in Polen nach Deutschland hätten verlegen sollen. Diese Personen werden, was ihr Aufenthaltsrecht in Polen anbetrifft, bis zur weiteren Entscheidung der Regierung auf gleichem Fuße mit den anderen deutschen Staatsbürgern behandelt werden.

Dem nationaldemokratischen Parteivorstand zufolge intervenierten die nationaldemokratischen Abgeordneten beim Ministerpräsidenten bez. beim Außenminister wegen des polnischen Verzichts auf die Optantenanweisungen. Beide Minister versicherten, daß von einem grundsätzlichen Verzicht auf die für Polen aus dem Wiener Abkommen sich erfließenden Rechte nicht die Rede sein könne. Es sei nur ein Umstand eingetreten, der es ratam erscheinen ließe, vorläufig von der Durchführung der Zwangsausweisung abzulassen.